



FDP-Fraktion • Alfredstr. 31 • 45127 Essen

An den
Oberbürgermeister der Stadt Essen
Reinhard Paß

und die Landtagsabgeordneten NRW
der Stadt Essen

**FDP-Fraktion
im Rat der Stadt Essen**

Fraktionsgeschäftsstelle:
Alfredstraße 31, 45127 Essen

Fon: 02 01/49 55 13-70

Fax: 02 01/49 55 13-99

info@FDP-Fraktion-Essen.de

www.FDP-Fraktion-Essen.de

22. Mai 2015

Offener Brief zur Kostenerstattung des Landes NRW für Asylunterbringung

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Reinhard Paß,
sehr geehrte Damen und Herren Landtagsabgeordnete,

ebenso wie viele andere Kommunen in Nordrhein-Westfalen steht die Stadt Essen vor der Herausforderung, eine immer größer werdende Zahl an Flüchtlingen aufzunehmen und eine humane Unterbringung und Versorgung der Flüchtlinge zu gewährleisten.

Die FDP-Fraktion im Rat der Stadt Essen steht uneingeschränkt zu dem im Grundgesetz verankerten Asylrecht für politisch Verfolgte. Humanitäre Hilfe für unschuldig in Not geratene Mitmenschen sehen wir als ein hohes Gut, das geschützt und gestärkt werden muss. Die Flüchtlingszahlen sind in den letzten Jahren wieder immens gestiegen. Krisenherde weltweit berauben Menschen ihrer Heimat und zwingen sie zum Verlassen ihres Lebensumfelds. Dass auch die Stadt Essen schutzsuchenden Flüchtlingen Heimstatt bietet und sich um deren Versorgung kümmert, sehen wir als selbstverständlich an.

Die Stadt Essen steht jedoch bekanntermaßen vor großen finanziellen Problemen. Die Energiewende hat keine andere Kommune deutschlandweit so schwer getroffen, wie unsere Heimatstadt. An vielen Stellen fehlen wichtige Einnahmen durch sinkende Gewerbesteuern, verringerte Aktiendividenden und den Wegfall weiterer fiskalischer Zuwendungen. Durch den Haushaltssanierungsplan und einer Vielzahl bereits erfolgter Einsparungen im Kernhaushalt sollte ein ausgeglichener Haushalt im Jahr 2017 erreicht werden. Auch durch extern verursachte Verschlechterungen ist dieses Unterfangen nicht mehr zu erreichen. Ein negatives Eigenkapital und ein Schuldenhöchststand von über 3,3 Milliarden Euro im Kernhaushalt belegen die dramatische Situation des Essener Haushalts.

In diesem Zusammenhang zeigt sich die FDP-Fraktion im Rat der Stadt Essen erschüttert über den vom Deutschen Landkreistag veröffentlichten Vergleich über die Kostenerstattung der Asylkosten zwischen den Bundesländern und der Kommunen in Deutschland. Nordrhein-Westfalen liegt in diesem Vergleich auf dem letzten Platz der Flächenländer und das, obwohl es insbesondere viele Kommunen in NRW sind, die beispielsweise mit maroden Schulen, löchrigen Straßen und unterfinanzierten öffentlichen Personennahverkehrs-

strukturen zu kämpfen haben. Während Bayern, das Saarland und Thüringen sämtliche Kosten der Flüchtlingsunterbringung und –versorgung übernehmen, trägt das Land Nordrhein-Westfalen maximal die Hälfte der kommunalen Gesamtausgaben. Dass diese Kostenerstattung aufgrund von Stichtagsrechnungen nicht einmal fallgenau erfolgt, erhöht die Belastung der kommunalen Haushalte nochmals.

Auch bei der Behandlung kranker Flüchtlinge lässt die Landesregierung NRW die Kommunen im Stich. Bis zu 70.000 Euro pro Flüchtling im Jahr muss die Kommune selbst tragen, bevor es finanzielle Unterstützung vom Land gibt. Das Beispiel Hessen zeigt, dass andere Bundesländer die Versorgung erkrankter Flüchtlinge frühzeitiger übernimmt, in diesem Fall bereits ab etwa 10.000 Euro.

Wir verkennen in diesem Zusammenhang nicht die Tatsache, dass durch den Neubau einer Erstaufnahmeeinrichtung des Landes NRW in Essen und die damit verbundene Anrechnung der dort untergebrachten Asylbewerber der Stadt ein Teil der Kosten der Flüchtlingsunterbringung erspart bleibt.

Eine besondere Brisanz erfährt die Kostenerstattung durch das Land NRW jedoch, nimmt man die Fragestellung geduldeter Asylbewerber hinzu. Durch nicht abgeschobene, im rechtsstaatlichen Verfahren jedoch abgelehnte Asylbewerber, entstehen den Kommunen Kosten, die keinerlei Berücksichtigung bei den Landeszuschüssen finden. Der Prozentsatz der Beteiligung des Landes an den kommunalen Kosten sinkt so laut Untersuchung des Deutschen Landkreistages auf gerade noch 25%. Ein Ende dieser Praxis ist bei den immer steigenden Prognosen der Flüchtlingszahlen nicht absehbar.

Wir fordern Sie, Herr Oberbürgermeister Paß, auf, nicht müde zu werden, der Landesregierung die Auswirkungen der völlig unzureichenden Kostenerstattung der Flüchtlingskosten für die Kommunen in NRW aufzuzeigen und mit aller nötigen Schärfe auf die Folgen für den Essener Haushalt zu verweisen. Es ist in unseren Augen den Bürgerinnen und Bürgern unserer Stadt nicht zu vermitteln, dass der Rat der Stadt Essen im Rahmen der unbestritten notwendigen Haushaltssanierung Einsparungen im Bereich der Kultur, des Sports und des ÖPNV - um nur einige Baustellen zu nennen - debattiert und das Land NRW sich den Herausforderungen durch die Asylunterbringung entzieht.

Sie, liebe Essener Landtagsabgeordnete, fordern wir auf, ob in Regierungsverantwortung oder Opposition, ihrer Verantwortung als gewählte Vertreterinnen und Vertreter der Essener Bürgerinnen und Bürger gerecht zu werden, ihre Heimatstadt Essen in ihrem Bestreben nach Haushaltskonsolidierung zu unterstützen und es ihren Kolleginnen und Kollegen der anderen Länderparlamente gleich zu tun und die Unterbringung und Versorgung von Flüchtlingen zu ihrer persönlichen „Chefsache“ zu erklären.

Mit freundlichen Grüßen



Hans-Peter Schöneweiß
Fraktionsvorsitzender der FDP-Fraktion
im Rat der Stadt Essen